

Zeitschrift:	Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur
Herausgeber:	Verein für Bündner Kulturforschung
Band:	- (2018)
Heft:	1
Artikel:	Mit dem Rosenkranz gegen die AHV
Autor:	Egloff, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-758134

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beiträge

Mit dem Rosenkranz gegen die AHV

Peter Egloff

1947 sagten fast 80 Prozent der Schweizer Stimmbürger Ja zur Einführung der Alters- und Hinterlassenen-Versicherung. Die katholische Surselva und dort allen voran der Kreis Disentis, die Cadi, lehnten ab.

«*Il pievel della Cadi era ed ei aunc oz per la gronda part religius* – Das Volk der Cadi war und ist zum grössten Teil noch heute religiös, durch und durch katholisch. Sein privates und öffentliches Leben gründet auf den Grundsätzen seiner Religion. In dieser Hinsicht gibt es nichts zu verändern oder zu verhandeln. Die Folge ist, dass das Volk der Cadi noch heute geschlossen konservativ ist, konservativ im besten Sinn des Wortes; ja, dass es in vieler Hinsicht besser ist als seine Führer! Diesbezüglich war auch unsere romanische Sprache Unterstützung und Hilfe, vor allem durch die Bewahrung der religiösen und politischen Prinzipien! [...] Für das Volk der Cadi war die Sprache, im engen Bund mit der Religion, Schutz und Schild gegen alle politischen und kulturellen Irrlehren aus dem Unterland. Mit der Religion und der Sprache hat das Volk der Cadi auch Bräuche und Sitten religiöser und profaner Natur bewahrt und sich so seine Seele gesund erhalten wie nirgends sonst auf Bündner Boden. Fürwahr! Die Cadi hat die Religion bewahrt, und die Religion die Cadi!»¹

Mit kräftigen Strichen skizziert der Historiker, Lehrer und Schriftsteller Guglielm Gadola (1902–1961) im Jahrgang 1948 seines Kalenders *Il Glogn* den mentalen Zustand seiner engeren Heimat. Die markigen Worte lesen sich wie ein trotziges Echo auf ein Ereignis des Vorjahres. Denn, wenn Gadolas Einschätzung eines aktuellen Beweises bedurfte hätte: Seit dem 6. Juli 1947 lag er vor. An diesem Tag stimmten die Schweizer Männer über die Einführung einer Alters- und Hinterlassenen-Versicherung ab. Die Vorlage wurde mit überwältigenden 79.3 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Die Stimmteilnahme betrug rekordhohe 80 Prozent. Dass der katholische Halbkanton Obwalden als einziger Stand mit 64.4 Prozent Nein ablehnte, wurde landesweit als Kuriosum

kommentiert. Im Kanton Graubünden war die Zustimmung mit 79.9 Prozent Ja noch leicht höher als gesamtschweizerisch. Aber ein bemerkenswertes Kuriosum gab es auch hier. Eine satte Mehrheit der Stimmbürger der *Surselva da messa*, der romanischsprachigen, katholischen Surselva, wollte keine AHV und lehnte die eidgenössische Vorlage ab.

Der Historiker Ivo Berther hat in einer umfangreichen Studie Reaktionen der Landsgemeinde Disentis (*Cumin dalla Cadi*) auf die Umwälzungen des 19. Jahrhundert untersucht.² Er machte das anhand von drei Momentaufnahmen im Abstand von je etwa einem halben Jahrhundert: 1799 (selbstmörderischer Widerstand gegen die französischen Revolutionstruppen), 1847 (konspirative Zusammenarbeit mit dem Sonderbund) und 1900 (Protest-Landsgemeinde gegen ein kantonales Lehrmittel). Die AHV-Abstimmung von 1947 scheint mir ein eindrückliches Beispiel dafür zu sein, wie die konstatierte retrospektive mentale Orientierung im 20. Jahrhundert weiter wirkte.

Einschub: Die AHV als späte Frucht von 1918

Während des Ersten Weltkriegs gab es auch in der von direkten Kriegshandlungen verschonten Schweiz Gewinner und Verlierer. Banken, Exportindustrie (steigender Bedarf der kriegsführenden Länder), Nahrungsmittelindustrie und Landwirtschaft (sinkende Importe) erlebten einen gewaltigen Aufschwung. Das durchschnittliche Einkommen eines Bauern stieg von 1914 bis 1918 auf das Sechsfache. Die hauptsächlichen Leidtragenden der daraus resultierenden enormen Preissteigerungen für Konsumgüter waren die Arbeiter, denen die Kriegsjahre trotz der florierenden Kriegswirtschaft eine etwa 30-prozentige Reallohn-Einbusse bescherten.³

Der Verdienstausfall der zum Aktivdienst aufgebotenen Wehrmänner wurde nicht abgegolten, eine schmale Entschädigung war nur für extreme Fälle von Bedürftigkeit vorgesehen. In den Arbeiterquartieren der Schweizer Städte wurde gehungert, hinzu kam die Wohnungsnot. Ab 1917 verschärften sich die sozialen Spannungen unter dem Eindruck der sich überstürzenden Ereignisse im europäischen Ausland. Eine rasch zunehmende Zahl von Streiks mündete schliesslich in die Proklamation des unbefristeten Landesstreiks für den 12. November 1918 durch das Oltener Aktionskomitee. Die Proklamation enthielt neun Forderungen – eine von ihnen war die Schaffung einer Alters- und Invalidenver-



Kavallerie und Streikende auf dem Zürcher Paradeplatz, 13. November 1918.

sicherung. Am 13. November forderte der Bundesrat ultimativ den bedingungslosen Streikabbruch. Am 14. kapitulierte das Olten Aktionskomitee, weil es eine Niederschlagung durch die Armee und damit ein Blutbad befürchtete. Am Vortag waren in Grenchen drei Streikende erschossen und weitere verletzt worden. Aus vorwiegend ländlich-katholischen Kantonen waren insgesamt 110 000 Soldaten aufgeboten – fünfmal mehr, als in den letzten Kriegsmonaten an den Schweizer Grenzen gestanden hatten.⁴

Bürgertum und Unternehmer hatten die Machtprobe zu ihren Gunsten entschieden – aber die dramatischen Novembertage zeigten auf dieser Seite doch eine nachhaltige Wirkung. Im Juni 1925 verabschiedete die Bundesversammlung einen Verfassungsartikel, welcher den Bund zur Schaffung einer Alters- und Hinterlassenen-Versicherung verpflichtete und die Kompetenz zur Errichtung einer Invalidenversicherung beinhaltete. Im Dezember desselben Jahres wurde die Vorlage in der Volksabstimmung mit 65.4% Ja angenommen.⁵ Sechs Jahre später wurde jedoch ein Gesetz, das sehr bescheidene Einheitsrenten ab dem 66. Altersjahr vorsah, mit 60.3 Prozent Nein abgelehnt.⁶

Die *Neue Zürcher Zeitung*, welche sich engagiert für die Vorlage eingesetzt hatte, war schwer enttäuscht über die «katastrophale Niederlage», den «vernichtenden Schlag», den zu führen sich «Unwissenheit, Egoismus und Demagogie» vereinigt hätten.⁷

Aber die Frage blieb aktuell. Der Historiker Philipp Ischer identifizierte als Hauptmotor für die zeitweilige sozialliberale Ausrichtung der FDP während und nach dem Zweiten Weltkrieg das «Trauma» der Ereignisse von 1918. Damals war eine radikale politische Linkswende in der Schweiz vielen als reale Möglichkeit erschienen, unter Industriellen herrschte eine ausgeprägte Angst vor einem kommunistischen Umsturz. «Das [...] Thema AHV genoss nun partiintern erste innenpolitische Priorität. [...] In der Argumentationsweise für das Sozialwerk kamen die zentralen freisinnigen Anliegen zum Ausdruck: keine Wiederholung der Ereignisse von 1918, keine Renaissance des Klassenkampfes, dafür eine Stärkung des dem Vokabular der geistigen Landesverteidigung entnommenen Volksgemeinschaftsbegriffs und eine Legitimation der Demokratie und der freien Marktwirtschaft. Dies hatte durch eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Frage zu geschehen.»⁸

Das Debakel des Ersten Weltkriegs sollte sich nicht wiederholen; es galt, Wehrmänner vor den wirtschaftlichen Folgen längerer Militärdienstleistungen zu schützen. Die Idee, zu diesem Zweck Ausgleichskassen zu schaffen, stammte vom Bündner Ständerat und späteren BIGA-Direktor Georg Willi.⁹ Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beschleunigte die Realisierung. Die Lohn- und Verdienstversatzordnung wurde geschaffen. Sie beruhte auf dem Solidaritätsprinzip, das später von der AHV sinngemäss übernommen wurde, samt der schlanken Struktur der dezentralen Ausgleichskassen.¹⁰

In seiner Neujahrsansprache versprach der Freisinnige Walther Stampfli, Bundespräsident für das Jahr 1944, die Einführung der AHV auf den 1. Januar 1948. Am 20. Dezember 1946 hiessen die eidgenössischen Räte mit grossem Mehr die Vorlage für die Einführung einer gesamtschweizerischen, obligatorischen Alters- und Hinterlassenenversicherung gut. Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf. Auch Nationalrat Giusep Condrau aus Disentis, Mitglied der konservativen Fraktion, stimmte zu.¹¹ Condrau alias «Dr. Sep», in dritter Generation Besitzer und Verleger der *Gasetta Romontscha* und in Personalunion auch deren Chefredaktor und Bundeshaus-Berichterstatter, vermutete in der Ausgabe vom 24. Dezember 1946, dass das Referendum ergriffen werde. Schon anfangs Januar versandte das Referendumskomitee, bestehend vorwiegend aus rechtsliberalen Unternehmern und katholisch-konservativen Kreisen, die Unterschriftenbogen. Ende März wurden 55 424 gültige Unterschriften eingereicht.¹² Es kam zur eidgenössischen Volksabstimmung.

Giusep Condrau.



Im Bunde mit Gott, Napoleon und Mussolini: Carli Fry

«*Anim da combat havev'el gia da pign e da student – Kampfgeist hatte er schon als Kind und als Student*», attestiert der Nekrolog in der *Gasetta Romontscha* vom 7.12.1956. Und weiter: «*Obschon als Benjamin geboren, war er zuhause nicht verzärtelt worden. Ein kostbares Erbe seiner Eltern war ohne Zweifel seine Energie. Die explosive Kraft und der Heldengeist, welche in Gestalt von Napoleon und Mussolini von den Wänden seines Arbeitszimmers herunterblickten, hatten sich auch in seinem Innern festgesetzt wie das im Vesuv verborgene Feuer, bereit für die Eruption.*» So anschaulich-bildhaft in die Ewigkeit verabschiedet wurde hier «*Reverendissim Sur Canoni Dr. Carli Fry, phil. et theol.h.c.*», geboren 1897 in Disentis und gestorben 1956 ebenda, Kaplan in Cavardiras/Disentis und Benefiziat in Maria Licht/Trun, Historiker, Belletrist, Theaterautor, Übersetzer und, trotz seiner schon im jugendlichen Alter angeschlagenen Gesundheit, äusserst produktiver, wortgewaltiger Journalist. In dieser Rolle war Fry während dreissig Jahren eine Schlüsselfigur für die religös-weltanschauliche und politische Meinungsbildung im katholischen Teil Graubündens und insbesondere in der romanischsprachigen Surselva. Guglielm Gadolas eingangs zitierte Sicht auf das «Volk» der Cadi hätte genauso gut aus der Feder von Carli Fry stammen können. Diese von katholischer Frömmigkeit regierte Idealwelt arbeitssamer, kinderreicher Bergbauern-, Handwerker- und Arbeiterfamilien musste nach Frys Überzeugung vor allem gegen den verderblichen Einfluss von vier auswärtigen und miteinander verschworenen Mächten verteidigt werden: Freimaurern, Liberalen, Sozialisten und Juden. Und weil Benito Mussolini diesen vier Mächten des Bösen den Kampf angesagt habe, verdiente in solcher Logik seine diktatorische Neuordnung Italiens Respekt – und sein Konterfei einen Platz in der Schreibstube des Herrn Kanonikus und ganzseitig im Jahrgang 1934 des *Calender Romontsch*.¹³

Frys Ethno-Konfessionalismus war radikal: «*Salvar la patria – Das Vaterland retten [...], das kann letztendlich nur das katholische Blut und der katholische Geist, da sie die grössten Reserven an staats- und gesellschaftserhaltenden Elementen enthalten.*»¹⁴ Ganz folgerichtig ortete er den politischen Kampf um den Erhalt von Religion und Kleinsprache auf dem Feld der Demographie. Alljährlich im Februar publizierte Fry in der von ihm redigierten und ebenfalls bei Condrau erscheinenden religiösen Monatspostille *Il Pelegrin* eine Tabelle mit der Bevölkerungsentwicklung



Carli Fry.

des Vorjahres. Dies aber ausschliesslich für die katholisch-romantischen Pfarreien des Kantons, wobei auch die Zahl der neu geschlossenen Ehen aufgeführt und der Geburtenüberschuss speziell hervorgehoben war.¹⁵

Beim vielfach bezeugten, massiven Druck des katholischen Klerus der Surselva auf die Frauen, ungeachtet ihrer wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Situation möglichst viele Kinder zu gebären, ging es also letztlich darum, den Effekt der «Schwarzen Laine» in der kantonalen Politik zu erhalten und zu mehren. Ganz unbestritten war diese Doktrin allerdings auch innerhalb der Geistlichkeit nicht. Valentina Caviezel-Pelican (1929–2017) erinnerte sich: «Beispielsweise wurde den Frauen vorgeschrieben, viele Kinder zu haben und dass der Geschlechtsverkehr ohne Kinderwunsch Sünde sei. Darum gab es früher so grosse Familien! Man heiratete früh, und dann gab es zehn Kinder oder mehr. Damals gab es keine Verhütungsmittel – wäre ja auch eine Sünde gewesen. Als ich jung war, hatten wir hier in Vrin einen sehr strengen Pfarrer. Der war gut zehn Jahre hier. Ich hatte eher schwere Geburten, und beim Jüngsten ging es mir wirklich nicht gut. Damals gebar man zu Hause und nicht im Spital. Gab es Komplikationen, konnte man nicht viel machen. Mein Bruder, Sur Gion Martin, hatte mich nach jener Geburt am Kindbett besucht. Danach ging er zum Pfarrer hinauf und sagte zu ihm: <Hört auf zu predigen, sie müssten jedes Jahr ein Kind haben! Das ist zu viel! Seht Ihr das nicht ein? Schaut, wie viele junge Mütter auf dem Friedhof liegen!> Aber jener liess es ihm nicht gelten. Mein Bruder war oft ganz anderer Meinung als die meisten Pfarrer.»¹⁶

Das Informations-Monopol der Regionalzeitung

Was der Landwirt Oscar Nay (*1930) über Medien und Kommunikation in seinem Dorf Zignau während und nach dem Krieg sagte, dürfte für die Dörfer der katholisch-romanischen Surselva jener Jahre repräsentativ gewesen sein: «Die *Gasetta Romontscha* hatten damals alle. Das war eine katholische Zeitung, die einmal pro Woche erschien. Und dann gab es zwei, drei im Dorf, die hatten die *Neue Bündner Zeitung* – ein eher reformiertes Blatt. Die berichteten dann ein bisschen etwas anderes. Es hiess, das seien Demokraten; sonst waren wir alle CVP. Die Kinder waren auch immer in der Nähe und hörten zu, was erzählt wurde. Viel anderes gab es nicht. Kaum jemand im Dorf besass ein Radio. Wenn wir Radio hören wollten, gingen wir zu einer Tante, einer

Cousine meines Vaters. Die hatte schon früh eines. Während des Krieges schaltete sie das Radio manchmal aus, weil wir nicht hören sollten, wie ‹Heil Hitler› gerufen wurde. Telefone gab es auch kaum im Dorf: Die Post hatte einen Anschluss, die Gastwirtschaft einen, vielleicht noch ein, zwei Privathaushalte. Bekam man einen Anruf, wurde man geholt: ‹Oscar, du müsstest ans Telefon!›, und dann musste man rennen, manchmal durchs ganze Dorf bis zur Post. Clara und ich heirateten im Jahr 1960. Meine Eltern hatten damals noch kein Telefon im Haus. Clara wohnte in Andiast. Ich ging sehr ungern auswärts, um mit ihr zu telefonieren, denn jedes Wort unseres Gesprächs wurde mitgehört!»¹⁷

Die 1856 in Disentis gegründete *Gasetta Romontscha* erschien bis 1952 einmal pro Woche jeweils donnerstags. Sie war nach dem *Bündner Tagblatt* das zweitgrösste von damals fünf katholisch-konservativen Blättern im Kanton, in der *Surselva da messa* aber ungleich stärker verbreitet als die deutschsprachige Tageszeitung aus Chur.¹⁸ Dazu dürften in der wirtschaftlich schwachen Region mit einem grossen eher bildungsfernen Bevölkerungsanteil auch die Abonnementspreise beigetragen haben: das Jahresabonnement der *Gasetta Romontscha* kostete 1947 Fr. 6.75, jenes des *Bündner Tagblatts* Fr. 24.–. Zur Quasi-Monopolstellung und Wirkmächtigkeit des Blattes mag auch die Sprachbarriere noch lange beigetragen haben, wie etwa Gadola erkennen lässt, wenn er im surselvischen Idiom eine «Unterstützung und Hilfe bei der Bewahrung religiöser und politischer Prinzipien» sieht.¹⁹

In den frühen 1920er-Jahren, als Kaplan in Cavardiras, beginnt Fry seine publizistische Karriere bei der *Gasetta Romontscha*. Diese aus heutiger Sicht wohl wichtigste seiner Aktivitäten wird in den umfangreichen Nekrologen in der *Gasetta Romontscha* und im *Bündner Tagblatt* nicht konkretisiert.²⁰ Fry hatte präzise Vorstellungen von der Bedeutung der Presse in den politisch-weltanschaulichen Auseinandersetzungen. Seine Hauptaufgabe war, dass andere Zeitungen neben der *Gasetta Romontscha* in der Surselva Fuß fassen und das Informationsmonopol seines Blattes bedrohen könnten: «*Igl ei grondamein deplorabel* – Es ist höchst bedauerlich, wenn liberale Zeitungen deutscher Sprache unsere katholischen Dörfer und Weiler überfluten und mit unserem Geld und von unseren Schriftstellern unterstützt werden. Lasst diese Presse ein paar Jahrzehnte in unserem Volk gewähren, besonders unter den Gebildeten, und alles, was die katholische Presse in einem langen Prozess der Läuterung der Ideen und Umorientierung der Mentalität erreicht hat, ist zerstört, und wir werden Ruinen vor uns haben, den Ruin unserer schönen katholisch-

konservativen Einheit, welche seit Jahrzehnten unsere Stärke ausgemacht hat und den Schreck darstellte für all jene, die so gerne und mit sichtlichem Neid von der «schwarzen surselvischen Walze» sprechen.»²¹

Es gäbe Katholiken, so Fry weiter, die mit ihren Abonnementen liberale und radikale Zeitungen unterstützten, welche sich in den Händen von Freimaurern und Juden befänden. Antikatholisch seien auch sogenannt neutrale Zeitungen oder solche, die sich aller Themen der Religion und Moral enthielten. Und mit dem ganzen Gewicht seines geistlichen Standes setzt Sur Fry solche Zeitungen sozusagen auf den Index und erklärt sie für «*nunlubidas ad in catolic, schibein sco las scolas neutralas ein nunlubidas per affons catolics* – nicht erlaubt für einen Katholiken, so wie auch neutrale Schulen für katholische Kinder nicht erlaubt sind.»²²

Die AHV-Debatte in der *Gasetta Romontscha*

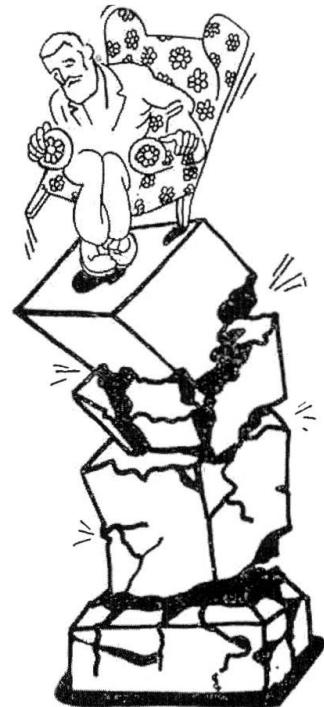
In der *Gasetta Romontscha* (fortan: GR) vom 30. Januar 1947 findet sich die Einsendung («Corr.» für «Correspondenza») eines Verfassers, der – wie damals oft üblich – anonym bleibt. Der AHV-Befürworter meint, die Abstimmung unter Namensaufruf hätte im Vorfeld der im Herbst anstehenden Wahlen viele Parlamentarier zu einem Ja bewogen, die eigentlich gegen das AHV-Gesetz seien. Geschlossen für das Gesetz hätten Sozialisten und Demokraten gestimmt – woraus ersichtlich sei, wer für die Interessen des Volkes denke, fühle und arbeite. Namens der Demokraten habe Nationalrat Schmid-Ruedin aus Zürich, ein Bürger von Vals, erklärt, die Partei sei für ein klares, entschiedenes Ja. Aber im Ständerat habe der Genfer Bankier Pictet das Referendum für kommende Woche angekündigt. Diese Kreise hätten Geld genug, um das Sozialwerk zu torpedieren. «*Perquei lessan nus avertir tuts vischins – Darum möchten wir alle Bürger davor warnen, die Referendumsbögen zu unterzeichnen, falls solche auch in unseren Gemeinden zirkulieren sollten. Die Versicherung ist eine Wohltat für unsere Bergbevölkerung. Das kann man bei jenen feststellen, welche 1946 die provisorischen Renten bezogen haben.*»²³

In der Ausgabe vom 6. Februar reagiert Carli Fry unter dem Kürzel C.F: Die Korrespondez der letzten Woche dürfe nicht ohne Antwort bleiben. Die Behauptung, Sozialisten und Demokraten seien diejenigen, welche für die Interessen unseres Volkes dächten, fühlten und arbeiteten, sei mehr als deplatziert. Der Weg der

Sozialisten und Demokraten führe direkt «*ella miseria totala – ins totale Eland. Soviel lässt sich heute sagen. Einzig mit einer Versicherung, so ideal wie auch immer, sichert man noch nicht die Zukunft eines Volkes. Überhaupt lebt der Mensch nicht vom Brot allein.*» Das wahre soziale Fundament eines Volkes in materieller Hinsicht sei die Unterstützung der Familie, nicht der alten Leute. Es sei zu befürchten, dass die Familienunterstützung (gemeint sind Kinderzulagen) bloss Papier bleibe, wenn die Altersversicherung einmal eingeführt sei und alle Mittel verschlinge. «*Pia po buca stravagar cun semegliontas pretensiuns – Also bloss nicht übertreiben mit solchen Behauptungen, welche die konstruktiven Parteien diskreditieren und zwischen den Zeilen Propaganda machen für die Sozialisten und Demokraten, die für uns nicht die Evangelisten des Sozialen sein müssen!*» Eine zweite Entgleisung sei der Rat, das Referendum nicht zu unterzeichnen. Das Referendum wolle keinen Kampf gegen die Versicherung in die Wege leiten, sondern lediglich dem Volk ermöglichen, in einer wichtigen Frage selber zu entscheiden. Nur das sei einer wahren Demokratie würdig. «*Nus schein pia il cuntrari – Wir sagen also das Gegen teil des Korrespondenten von letztem Donnerstag: – Jeder der Gelegenheit hat, unterzeichne das Referendum!*»

(Corr.) in der Ausgabe vom **13. Februar**, gezeichnet X.: Viele der 170 zustimmenden Nationalräte, insbesondere jene der konservativen Fraktion, würden eine Referendumsabstimmung in einer solch wichtigen Frage befürworten. Die Behauptung, Sozialisten und Demokraten würden für die Interessen des Volkes denken, fühlen und arbeiten, sei naiv. Dass das Volk unter Steuerlasten und Reglementen ächze und der Kanton bis zum Hals verschuldet sei, verdanke man grösstenteils den Demokraten, welche Ausgaben dekretieren würden, als ob sie Rothschild-Söhne seien. Wenn man das Referendum unterzeichne, heisse das nicht, dass man gegen die Altersversicherung sei. Man mache damit einfach Gebrauch von einem der wichtigsten Bürgerrechte. Über den Nutzen der Versicherung könne man später diskutieren. Der Verfasser schliesst mit einem Sprichwort: «*Il tissi ei ella cua – Das Gift ist im Schwanz!*»

(Corr.) am **20. Februar**, Kürzel B.-n: Der Verfasser wehrt sich gegen die Behauptung, dass es sich beim AHV-Gesetz um ein sozialistisches Gesetz handle. Dann operiert er ebenfalls mit einem Sprichwort: «*In bab tila si pli tgunsch diesch affons che diesch affons trer vi in bab – Ein Vater zieht leichter zehn Kinder auf, als dass zehn Kinder einen Vater durchbringen.*» Er weist die Behauptung zurück, dass nur Familienunterstützung die wahre so-



AHV auf wackligem Fundament, Illustration aus einer Broschüre der AHV-Gegner (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).



Der Staatsbüttel wird den Bürger für die AHV bis aufs Hemd ausziehen, Illustration aus einer Broschüre der AHV-Gegner (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).

ziale Tat sei. Für einen Vater müsse es eine Ehrensache sein, mit Arbeit und Sparsamkeit seine Familie ohne fremde Hilfe durchzubringen. Eine allgemeine Familienunterstützung hiesse, das «russische System» einzuführen. Mit der Unterstützung des AHV-Gesetzes sei ein Gutteil des Vierten Gebots erfüllt, indem den alten Eltern, die nicht mehr arbeiten könnten, geholfen werde. Schon im Alten Testament habe Gott schlechte Behandlung der Eltern bestraft. «*Ins duess buca suttascriver il referendum – Man sollte das Referendum nicht unterschreiben, das von den Radikalen und Freimaurern kommt, die Geld genug haben, bis sie ins Krematorium getragen werden, und es lieber sehen, wenn die Eidgenossenschaft ihnen hilft, ihre Millionen zu vermehren.*»

Dem Text ist eine redaktionelle Bemerkung angefügt: Der Korrespondent irre, wenn er meine, dass es nur um Radikale und Freimaurer gehe. Die Opposition gegen das Projekt – nicht gegen das Prinzip – käme vor allem aus der welschen Schweiz. Unter den Initianten des Referendums seien auch die Christlich-Sozialen von Genf.

Am 27. Februar ist die AHV Gegenstand eines redaktionellen Artikels. Die Versicherung sei ein altes Postulat, die Konservative Partei habe sich schon anlässlich der Verabschiedung des Verfassungsartikels dafür ausgesprochen. Die Schwierigkeiten zeigten sich erst, wenn es um die Realisierung und Finanzierung gehe, darum gingen auch die Meinungen zum vorliegenden Projekt auseinander. «*Ei dat nuota donn, sche quel vegn discussionaus avon il pievel – Es schadet nicht wenn dieses vor dem Volk diskutiert wird. Wir sind deshalb nicht gegen das Referendum, das ein*

gutes demokratisches Recht ist. Aber bevor wir das Projekt ablehnen, müssen wir gut überlegen: Wenn dieses Projekt – wie 1931 – abgelehnt wird, wird nicht so rasch ein anderes Projekt für eine Altersversicherung ausgearbeitet.»

Anonyme «Corr.» am **13. März**: «*Il referendum ei igl emprem stilet – Das Referendum ist der erste Dolchstoss gegen die AHV. Wer für das Prinzip ist, aber gegen das ausgearbeitete Projekt, hätte einen besseren Vorschlag machen sollen. Das ist nicht geschehen.*» Der konservative Freiburger Regierungs- und Ständerat und ehemalige Bundesrichter Piller, ein grosser Magistrat, habe das Projekt wohlüberlegt, ja meisterhaft genannt. Hingegen habe der Tabakindustrie und Nationalrat Burrus aus Boncourt, Mitglied des Referendumskomitees, bei der letzten Steueramnestie ein um 23 Millionen höheres Vermögen deklariert. So jemandem falle es leicht, gegen die AHV zu sein. Die grösste Angst vor der Finanzierung hätten nicht die kleinen Leute, sondern Kapitalisten und Freimaurer. Und schliesslich sei eine Versicherung für Witwen und Waisen doch der beste Familienschutz.

Danach findet das Thema AHV in der GR fast zwei Monate lang nicht mehr statt. Erst am **8. Mai**, zwei Monate vor dem Abstimmungstermin, bringt *La Pagina da Surmeir*, die allmonatliche Beilage der GR für das ebenfalls katholische Surses, einen ausführlichen, mit «O.S.» gezeichneten Artikel im regionalen Idiom Surmiran. Der Autor erklärt das Gesetz, wägt Pro und Contra ab und kommt zum Schluss, dass insbesondere für die Bergbevölkerung die Vorteile überwiegen würden.²⁴

Am **14. Mai** vermeldet die GR kurz die Bildung eines bündnerischen Aktionskomitees für die AHV. Alle Parteien des Kantons seien darin vertreten. Unerwähnt bleibt, dass auch alle eidgenössischen Parlamentarier Graubündens – also auch Nationalrat und Chefredaktor Giusep Condrau – Mitglieder des Pro-Komitees sind.

Am **4. Juni** erscheinen zwei längere Beiträge zum Thema. Auf Seite 2 ein Artikel des bündnerischen Aktionskomitees, welcher die Vorgeschichte des Gesetzes seit 1886 bis zum Referendum vom Januar 1947 nachzeichnet. «*Aunc adina regian ideas faulsas e pregiudezis – Noch immer herrschen falsche Ideen und Vorurteile über die AHV, sodass wir unseren Lesern gewiss einen Dienst erweisen, wenn wir während der nächsten Wochen die Grundsätze des sozialen Unternehmens erklären.*»

Auf Seite 3 gegenüber einer (Corr.), gezeichnet y. (von Carli Fry oft verwendetes Kürzel): Es sei bemerkenswert, dass die Väter der AHV keinesfalls das Volk entscheiden lassen wollten über eine



Von der Wiege bis zur Bahre wird der Schweizer von der AHV-Bürokratie geplagt werden, Illustration aus einer Broschüre der AHV-Gegner (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).

Vorlage, die für dieses Volk so schwerwiegende und heute nicht vollständig abzuschätzende Folgen haben werde. Die Männer, die das Referendum ergriffen hätten, seien in gewissen Zeitungen als schlechte Patrioten und Feinde des Gemeinwohls verunglimpft worden. Sie hätten sogar anonyme Schreiben mit Todesdrohungen bekommen für den Fall, dass die AHV abgelehnt werde. Nach Zustandekommen des Referendum werde jetzt die ganze Maschinerie der politischen und wirtschaftlichen Organisationen in Bewegung gesetzt, um Druck auf das Volk auszuüben. Bundesräte würden bis hinauf in die Bergkantone mit dem AHV-Gesetz hausieren. An solchen Veranstaltungen werde nicht aufgeklärt, sondern nur bis ins Detail inszenierte, einseitige Propaganda ge-

macht – alles, um Leute mit anderer Meinung zum Schweigen zu bringen. «*Nus essan, il cuntrari, dil meini ch'ina ovra sco la SVR stoppi vegnir dilucidada da tuttas varts – Wir sind, im Gegenteil, der Ansicht, dass ein Werk wie die AHV von allen Seiten beleuchtet werden muss. Dass man die Bürger auch auf ihre Schattenseiten und Gefahren hinweisen muss, solange dazu noch Zeit ist. Wir sind sogar der Meinung, dass das, was von den Herrschaften in hundert Versammlungen nach ausländisch-undemokratischem System peroriert wird, noch lange nicht die Meinung des Volkes sei.*» Fry erinnert an die wuchtige Ablehnung des AHV-Gesetzes von 1931, und dass es gut möglich sei, dass die neue Vorlage das selbe Schicksal ereile. Darum hätten ihre Väter das Referendum zu verhindern gesucht. «*Nus anflein per gest e dueivel – Wir halten es für richtig und angemessen, in einigen Artikeln einige weniger angenehme Seiten der AHV vorzubringen. Die ‹Gasetta Romontscha›, soviel wissen wir, wird so loyal und unabhängig sein, beiden Seiten das Wort zu erteilen. Für diesen Dienst, den sie dem Volk erweist, danken wir ihr.*»

Am **12. Juni** folgt auf Seite 2 ein zweiter Artikel des Aktionskomitees, ein nüchterner Text über den Kreis der Versicherten, die Beitragspflicht und die Bemessung der Beiträge. Frys (Corr.) auf Seite 6 ist doppelt so lang. Für den Kanonikus ist die Sache klar: Das neue AHV-Gesetz sei, genau wie jenes von 1931, «*in pass decisiv encunter in socialismus statal – ein entscheidender Schritt in Richtung Staatssozialismus.*» In seiner kompletten und extremen Form sei der Staatssozialismus in Russland realisiert. Wo dieser herrsche (wie in Russland seit 30 Jahren, wie in Deutschland unter den Nationalsozialisten), gäbe es kein Privateigentum, sei der Staat Besitzer von Wiesen und Weiden, von Industriebetrieben und Ladengeschäften. «*Igl entir pievel ei sclavs dil stadi – Das ganze Volk ist Sklave des Staates. Der Staat bezahlt und der Staat befiehlt. Der Einzelne hat nichts zu sagen, er hat nur das Maul zu halten und nach der Pfeife des Staates zu tanzen. Er hat nur noch die Freiheit, Steuern zu bezahlen und für den Staat Gemeinwerk zu leisten. Wer eine eigene Meinung haben möchte, kann sich seine Gedanken zwischen vier Mauern machen, wenn es gut geht, sonst in einem Konzentrationslager, oder er verliert seine Lebensmittelkarte und verbürgert. Das ist der Staatssozialismus in seiner extremen Form. Diese wird jedoch nicht in einem Schritt errichtet. Auf dem Weg, der das Volk in die schlimmste Sklaverei führt, die es gibt – die Staatssklaverei – gibt es Stationen. Beim Bau einer dieser Stationen helfen all jene mit, welche die Macht des Staates dort fördern, wo er nichts zu suchen hat.*» Papst Pius XI.



Wohlverdient und sehnlich erwartet: der Pöstler bringt die AHV. Der Künstler Hans Erni illustrierte Broschüren der AHV-Befürwörter (Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich).

habe in seiner Enzyklika *Quadragesimo anno* den Grundsatz einer gesunden christlichen Soziallehre aufgestellt: Dem Staat seien lediglich jene Aufgaben zu übertragen, die nur er erfüllen könne. Was der einzelne Bürger, die Familie oder private karitative Organisationen leisten könnten, sei diesen zu belassen. Die Sorge für die alten Leute dem Staat zu übertragen, sei folglich ein entscheidender Schritt in Richtung Staatssozialismus, einer der fatalsten Schritte aus «praktischer» und «idealisticcher» Sicht.

Aus «praktischer» Sicht zweifelt Fry das Finanzierungsmodell der AHV an, moniert eine angeblich gigantische Staatsverschuldung, alljährliche Defizite von Kanton und Bund, immer höhere Steuerlasten für die Bürger. «*Ina politica pli sociala fuss de dismetter las taglias – Eine sozialere Politik wäre es, die Steuern abzuschaffen und den Bürgern mehr Freiheit zu gewähren, dann würden sie selbst das Nötige sparen und müssten sich in ihren alten Tagen keinen Deut um den Staat kümmern.*»

Aus «idealisticcher» Sicht habe er, Fry, schon 1931 davor gewarnt, die alten Leute dem Staat zu überlassen. Dieser Staat sei ein gefährlicher Vogel, *in prigulus utschi*. Ein Staat, der schon damals offiziell erlaubte, ungeborenes Leben zu beseitigen und arme Leute zur Entlastung der Finanzen zu sterilisieren – ein solcher Staat könne eines Tages auch alte Leute beseitigen, wenn es besser rentiere. Es habe dann nur ein paar Jahre gedauert, bis der nationalsozialistische Staat genau dies gemacht habe. «*Dei orda maun*

oz la glieud veglia – Gebt heute die alten Leute aus der Hand, macht sie komplett abhängig vom Staat, und es könnte eines Tages der Moment kommen, wo sich die nationalsozialistischen Methoden auch in unserer Schweiz wiederholen. [...] Die Ereignisse in Deutschland sollten eine Warnung, eine Feuerschrift am Firmament sein: Hütet euch vor dem modernen Staat ohne Gott und Glauben. Unsere alten Leute übergeben wir nie und nimmer seinem Gutdünken.»

Auf der Frontseite vom **19. Juni** wird für kommenden Sonntag zur Delegiertenversammlung der Konservativen Partei Graubündens nach Chur in die Hofkellerei eingeladen. Traktandum zwei ist die AHV, Referent ist Regierungsrat Dr. Darms. Auf Seite 2 erklärt ein trockener Artikel des Pro-Komitees detailliert das Rentensystem: Einzelrenten, Ehepaar-Renten, Witwenrenten, Waisenrenten, und er macht Ausführungen über die Rentenberechnung anhand konkreter Beispiele.

Auf Seite 5 gehören anderthalb der drei Spalten Kanonikus Fry – welcher keine Langeweile aufkommen lässt. Er bringt den Satz eines Referenten, den er an einer Tagung der Konservativen Partei gehört haben will: Dass jemand, der seiner Lebtag bei der Arbeit seine Pflicht getan habe, am Lebensabend, wenn die Kräfte nachliessen oder gar ganz versagten, nicht im Armenhaus versorgt werden solle. Der Kanonikus kommentiert: «*Talas frasa san ins vegnir cuntut mo sch'ins suppona ch'ils auditurs seigien tuts u de penn ni fetschien la giata morta – Mit solchen Phrasen kann man nur kommen, wenn man annimmt, dass die Zuhörer alle strohdumm sind oder aufs Maul hocken. Oder was meinst du, Giachen, bis heute haben wir die Erfahrung gemacht, dass einer, der sein Leben lang gearbeitet und gespart hat (das Sparen gehört doch auch zum «seine Pflicht tun»?), sei noch nie und werde auch heutzutage am Lebensabend nicht ins Armenhaus kommen. Sonst hätten wir ja bis heute, ohne die famose Versicherung, alles nur Insassen von Armenhäusern!*» Es folgen Zahlen, wonach die AHV die Bauern viel teurer zu stehen komme als versprochen. Fry warnt vor höheren und neuen Steuern und kommt dann mit seinem zentralen Vorbehalt: Die AHV torpediere eine adäquate Unterstützung der kinderreichen Familie, für welche dann keine öffentlichen Gelder mehr übrigblieben. «*La famiglia sto vegnir sustenida e promovida – Die Familie muss unterstützt und gefördert werden, denn sie ist das Fundament des Staates. Die Familie, die rechtschaffen leben kann, kümmert sich selbst um ihre Alten. Aber wisst ihr, warum die Sozis und alle Kreise, die nicht mehr entschieden christlich sind, in erster Linie den alten Leuten und nicht den*



Solidarität der Generationen.
Illustrationen von Hans Erni
(Schweizerisches Sozial-
archiv, Zürich).

Lasst uns tapfer beginnen!

Familien mit Kindern helfen wollen? Weil sie selber keine Kinder mehr haben, jedenfalls nicht mehr so viele, dass diese später die Alten unterstützen könnten. Es gibt in gewissen Schweizer Städten heute 30, 40, ja 50 Prozent Familien, die überhaupt keine Kinder mehr haben, Familien, die nur noch aus Vater und Mutter bestehen. [...] Und für jene, die Kinder gefürchtet haben und, wenn sie alt sind, niemanden haben, der sich um sie kümmert, für die sollten dann unsere grossen Familien schwitzen und die Versicherung bezahlen?

Weiter, so Fry, sei die AHV kein Instrument sozialen Friedens und sozialer Zufriedenheit, sondern werde für Unruhe und Aufruhr sorgen. Sie werde eine endlose Spirale der Begehrlichkeiten

wecken und für die Parteien ein Instrument des Stimmenfangs sein, indem fortwährend Rentenerhöhungen versprochen würden. Zudem: «*Sepertgirei ded obligatoris dil stadi – Hütet euch vor staatlichen Obligatorien. Da hast du nichts mehr zu sagen. Schweig und bezahl! Siehst du, wie es mit den Steuerformularen geht, diesen schönen Papieren, die du von Zeit zu Zeit ausfüllen darfst? Weisst Du, wie es im Militär zu und her geht? Weisst du, Handwerker, wie es mit der SUVA läuft? Was einzelne bis heute so erfreut kennengelernt haben – den Geruch der Obligatorien – das sollen von nun an alle Bürger schmecken. Fort mit Obligatorien! [...] Die einheitliche, obligatorische und staatliche Versicherung tötet den Sinn für Sparsamkeit ab. [...] Die wackeren Leute werden weiter sparen wie bis anhin; der Unterschied ist nur der, dass sie dann für andere Leute sparen können; für Steuern und Alprechnungen wie bis jetzt, und dann noch, um die staatliche Versicherung für jene zu bezahlen, die verbraucht und verschwendet haben und sich auf die rechtschaffenen Leute verlassen.*»

Am **26. Juni** berichtet die GR auf der Frontseite an erster Stelle redaktionell über die Versammlung der Konservativen Partei vom vergangenen Sonntag. In freier Diskussion habe man Stimmen Pro und Contra hören können «*ohne gegenseitige Vorwürfe*». In geheimer Abstimmung hätten sich bei vier Enthaltungen 46 Delegierte für und 13 gegen das AHV-Gesetz ausgesprochen. Die Parteiversammlung empfahl ein Ja für den 6. Juli 1947.

Auf derselben Seite gleich daneben hält Fry mit Vorwürfen nicht zurück. Einer der dunkelsten Aspekte des ganzen Projekts sei die unklare Finanzierung und insbesondere die Kantonsbeiträge. Ohne neue Steuern werde es in Graubünden nicht gehen. «*L'entira finanziaziun della segirada stat oz ell'aria - ed ins ughegia da proponer ina semeglionta fatga al pievel – Die ganze Finanzierung der Versicherung hängt heute in der Luft – und man wagt es, dem Volk einen solchen Bubenstreich vorzuschlagen! Anders als behauptet wird, ist die Finanzierung nicht einmal für die ersten 20 Jahre garantiert, von den nachfolgenden Jahren nicht zu reden. Wer hat Lust, die Katze im Sack zu kaufen?*» Also nochmals: Die AHV sei ein klassischer Fall von Staatssozialismus. Und wie der Staat mit Geld umgehe, das der arme Bauer als Steuern ausschwitzen müsse, wisse man ja zur Genüge. «*Ti pauper Giachen – Du armer Jakob weisst nicht, wie du es anstellen sollst, wenn du irgendwo an einer steilen Halde einen kleinen Schober aufstellen musst, aber der Kanton bezahlt seinen Angestellten Löhne von 15-20000 Franken und darüber hinaus eine Wohnung, die jährlich 9000 Franken Zins kostet! [...] Für die Rente, die du mit 65 Jahren*

bekommst, kannst du 50 Jahre schwitzen und stöhnen. Der Staat soll einen Teil seiner Steuern streichen, dann sparst du selber so viel, dass es Dir im Alter reicht, bist du nicht auch dieser Meinung? Der richtige Bürger will frei sein und kein Sklave des Staates. Was du selber hast und tust, freut dich, nicht das, was der Staat, der schlechteste aller Herren, gibt. Wir haben schon bis über die Ohren genug vom Staat, geben wir ihm nicht auch noch unsere Alten in die Hände!» Man schreibe und lärme herum mit der «Wahrheit», Sorge für Witwen und Waisen sei der wahre Familienschutz. Eine grosse Torheit! Eine normale, gesunde Familie bestehe aus Vater und Mutter und einer Schar gesunder, munterer Kinder. Witwen und Waisen seien gottlob die Ausnahme. Es sei recht, ihnen zu helfen, aber zuerst kämen die Kinder, die nicht Waisen seien, weil sie die normale Familie ausmachten. Für die Waisen hätte man auch bis jetzt gesorgt, mit Waisenhäusern und Hilfsorganisationen aller Art. Um die grossen Familien und die Kinder kümmere sich niemand. *«Nossas famiglias grondas pon pia pagar – Unsere grossen Familien sollen also für die kinderlosen Ehepaare zahlen und sie durchbringen. Ist das eine soziale Versicherung? Ist eine solche Versicherung für uns akzeptabel? Nie! Stattdessen sollte man die kinderlosen Ehepaare zwingen, die grossen Familien zu unterstützen. Das wäre sozial.»*

Auf Seite 2 publiziert das Aktionskomitee den vierten seiner sachlich gehaltenen Artikel. Die Effekte des sozialen Ausgleichs, der Umverteilung werden detailliert erklärt, ebenso die Bedeutung der Waisenrente für Kinder, die den Vater verloren hätten und dank Rente nicht mehr fremdplatziert werden müssten, sowie die Situation junger Ehepaare, die aufgrund der Altersrente ihrer Eltern eher in der Lage sein würden, diese bei sich unterzubringen und zu versorgen. Die Organisationsstruktur wird beschrieben, welche auf dem bereits bestehenden Netz von Ausgleichskassen beruhe, also keine grosse zentralistische Bürokratie erfordere.

Am **3. Juli** erscheint die letzte Ausgabe der GR vor dem Abstimmstermin. Auf Seite 2 meldet sich C.F. im redaktionellen Teil mit einem ersten kurzen Text. Geschickt spießt er eine Informationspanne der Befürworter auf. Titel: *«Il giat en in sac – Die Katze im Sack»*. Das hübsche Beispiel für Frys gekonnte Polemik in voller Länge: *«Die Broschüre des Gewerkschaftskomitees und des eidgenössischen Komitees für die Versicherung erklärt auf Seite 4, dass Kinder unter 15 Jahren keine Beiträge zu bezahlen hätten. Prof. Dr. Laur, der Bauernprophet, erklärt in seiner Broschüre auf Seite 4, dass Söhne und Töchter unter 20 Jahren nicht bezahlen*

müssten. Wer hat jetzt recht? Hier bezahlen die unter 15 Jahren nichts, dort jene unter 20 Jahren! Weisst du, Toni, wenn sie mit solchen Bubenstreichen kommen, dann ist das doch zu dick – da schreiben wir – ich und du und noch jemand, nein! Dr. Laur erklärt, dass die Kantone die Steuern nicht erhöhen müssten, um die Versicherung zu finanzieren (Seite 3 seiner Broschüre). Die Gasetta Romontscha hat in einem Artikel gezeigt, dass gewisse Kantone Steuererhöhungen von 10% vorgesehen haben. Guck mal, was für eine Hexerei, wirst du sagen, und hast tausendmal recht. Da schreiben wir, ich und du und noch jemand: Nein – und sind damit auf der sicheren Seite!»

Ob die Behauptungen und Unterstellungen in Frys Artikeln bis zu diesem Zeitpunkt Widerspruch hervorriefen, welcher in der GR unterdrückt wurde, lässt sich heute wohl kaum mehr feststellen. In der Zeitung finden sich jedenfalls nach dem 13. März 1947 und bis drei Tage vor der Abstimmung keine Reaktionen, die sich direkt auf seine Kampagne beziehen. Die Befürworter hatten in der GR für ihre Artikel etwa gleich viel Raum wie Fry und wurden insgesamt auch durch die Platzierung nicht benachteiligt. Aber indem das AHV-Aktionskomitee offenbar auf die Wirkung einer sachlichen Artikel-Serie mit ausführlich-nüchternen Erläuterungen zum Gesetz vertraute, schätzte es die Situation gründlich falsch ein.

Sehr spät scheint man den Fehler realisiert zu haben. Die Seite 5 der GR vom 3. Juli gehört ganz den Befürwortern. Die Tonlage ist deutlich offensiver, sowohl beim letzten Artikel des Aktionskomitees, als auch bei der ausführlichen Stellungnahme des Bündner Bauernverbandes, unterzeichnet vom Präsidenten Christian Foppa aus Vignogn.

Die Renten würden die Bezüger nicht abhängig, sondern im Gegenteil unabhängiger vom Staat machen, da sie nicht wie bis anhin der Gemeindefürsorge anheim fallen würden und das Recht auf Versicherungsleistungen nur an die Beiträge und keine anderen Bedingungen geknüpft sei. Die Angstmacherei mit Staatssozialismus, Kommunismus und dem Steuervogt sei demagogische Hetze von Leuten, welche beim Wort «Staat» den Teufel in Person sähen. Beamte, Lehrer und Geistliche hätten Pensionskassen, nur die Bauern und Arbeiter stünden bis jetzt ohne Versicherung da. Das Versicherungsobligatorium für alle sei Garant für die solidarische Mehrleistung der Besserverdienenden. Die Armenfürsorge der Gemeinden werde entlastet. Der Sparwille werde nicht beeinträchtigt, weil die Rente nicht vom angesparten Vermögen abhängig sei. Die Finanzierung sei selbst bei einem Konjunkturrück-

gang vollständig gesichert bis ins Jahr 1968. In einem Land, wo man jährlich 800 bis 900 Millionen Franken für Alkohol und Tabak ausgebe, werde man auch 750 Millionen für Alte, Witwen und Waisen generieren können. Der Bergkanton Graubünden werde bedeutend profitieren von einem Mitteltransfer aus den wohlhabenden Kantonen, was schon bei den seit 1946 ausbezahlten provisorischen Renten ersichtlich gewesen sei. Diese beruhten aber auf Notrecht und könnten deshalb nicht weitergeführt werden. Der beste Schutz für die Familie sei die AHV, weil so beim Verlust eines Elternteils Familien nicht mehr auseinandergerissen, Kinder nicht mehr fremdplaziert werden müssten. Die Übergabe von Bauernbetrieben an die nächste Generation werde erleichtert, wenn Eltern sich auf eine Altersrente verlassen könnten. Und die Sorge für die Eltern sei christliche Pflicht. «*Ina gronda responsabilidad has Ti, conburgheis – Du, Mitbürger,trägst eine grosse Verantwortung! Wenn Du willst, dass Neid und Egoismus dominieren, schreib ruhig <nein>. Aber wenn Du ein Eidgenosse sein und die Sorgen unserer Alten, unseren Witwen und Waisen teilen willst, dann schreibe <ja>!*»

Auf der gleichen Seite steht der «Aufruf an das Bündner Volk», für das AHV-Gesetz ein kräftiges Ja einzulegen. Er erscheint in allen Zeitungen Graubündens, unterzeichnet von sämtlichen politischen Parteien im Kanton, von allen Bündner Regierungsmitgliedern und eidgenössischen Parlamentariern, zudem von 18 Verbänden, Körperschaften und Gewerkschaften. In der Version, welche die GR am 3. Juli publiziert, fehlen interessanterweise – anders als z.B. im *Bündner Tagblatt* und in der *Casa Paterna* – die Namen der Regierungsräte und eidgenössischen Parlamentarier, mithin auch jener von Nationalrat, Verleger und Chefredaktor Giusep Condrau alias «Dr. Sep»! Anscheinend scheut sich der führende Politiker der *Surselva da messa*, als (halbherziger?) AHV-Befürworter vor sein Heimpublikum hinzustehen und einen Dissens mit der ideologischen Leitfigur seines Blattes publik zu machen.

Ganz anders C.F., der auf der gegenüberliegenden Seite Präsenz und Dissens markiert – ein letztes Mal in Sachen AHV. Er sei gegen die obligatorische Versicherung, weil durch sie das Heer der eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Angestellten ins Unermessliche wachsen werde. Es sei höchste Zeit für eine rigorose Sparpolitik. Man solle aufhören, Geld aus dem Fenster zu schmeissen und den Bürger durch Steuern und Gebühren zu rupfen, dann könne sich dieser im Alter selber helfen. «*Nus essan encunter la segirada obligatoria e statala – Wir sind gegen die*

staatliche und obligatorische Versicherung, weil wir für die Freiheit sind. Lieber bescheiden, aber frei leben wie der «pur suveran unseres Huonder», statt ein Leben lang einer Beamtenchar die Hand drücken und vor ihr den Hut ziehen zu müssen. Und im Übrigen müssten jene Alten, die jetzt eine provisorische Rente bezögen, nicht befürchten, diese zu verlieren. Die provisorische Lösung müsse bleiben. «*Per gliez vegn ei procurau sin via d'iniziativa, sch'ei fa da basegns – Dafür wird wenn nötig mit einer Initiative gesorgt. [...] Wir hoffen, dass unsere freien purs suverans eine Front bilden mit den Innerschweizer Bauern und den lateinischen Mitbürgern der französischen Schweiz. Für die persönliche Freiheit und den Föderalismus, welcher seit eh und je die Fahne unserer besten Männer war.*»

Der Kanonikus (mit Pensionskasse) beschliesst seinen Husarenritt gegen die AHV mit einem Spottgedicht gegen Versicherungen aller Art. «Six Madun» (sein Dichter-Pseudonym) reimt in der Tradition der Pasquelle früherer Jahrhunderte. Die letzte Strophe:

<i>Mo aunc ina segirada</i>	Nur noch dessen sicher sein
<i>Less mi'olma mudergiada</i>	Möcht' ich in meiner Seelenpein
<i>Che vus masses per adina</i>	Dass Ihr aus dem Tal geschwind
<i>Ord la Val cun segiradas</i>	Verschwindet mit Versicherungen
<i>Generalas e sfurzadas</i>	Die allgemein und aufgezwungen
<i>Ch'ein dil pievel la ruina!</i>	Der Ruin des Volkes sind!

Frys Polemiken werden in den Monaten vor der Abstimmung (und auch nachher) im *Bündner Tagblatt*, der konservativen deutschsprachigen Schwesterzeitung der GR, nie direkt thematisiert, sein Name fällt nicht. Die Debatte im konservativen Leitblatt bleibt sachlich, kritische Positionen werden ausführlich publiziert, aber die redaktionelle Haltung ist deutlich befürwortend. Die *Casa Paterna*, das romanische Wochenblatt der reformierten Surselva, fährt einen klar befürwortenden Kurs, ebenfalls ohne sich je auf die Zwischenrufe aus Disentis einzulassen.

Beschuss von der Kanzel

«*Nies pievel undrescha e respectescha aunc oz il spiritual e sia clamada, sco mo paucas otras contradas della tiara – Unser Volk ehrt und respektiert noch heute den Geistlichen und seinen Stand wie nur wenige andere Gebiete des Landes*», röhmt Guglielm Gadola.²⁵

Abstimmungsresultate vom 6. Juli 1947

Ja Nein

Kreis Disentis

Breil	120	169
Disentis	177	384
Medel	35	155
Schlans	18	37
Sumvitg	119	305
Tujetsch	108	171
Trun	141	206

Kreis Ilanz

Castrisch	101	8
Falera	42	58
Flond	41	13
Ilanz (parit.)	207	72
Laax	42	23
Ladir	9	29
Luven	61	7
Pitasch	13	9
Riein	27	5
Ruschein	42	37
Sagogn (parit.)	99	7
Schluein	83	28
Schnaus	20	5
Sevgein	23	29
Siat	23	39
Strada	9	3
Valendas	112	5

Kreis Lumnezia

Camuns	17	13
Cumbel	16	50

Duvin	22	3
Degen	31	30
Lumbrein	48	87
Morissen	15	34
Peiden	18	9
St. Martin (dt./rom.)	25	3
Surcasti	20	21
Surcuolm	13	10
Tersnaus	12	21
Uors	9	13
Vals dt.	187	26
Vignogn	23	12
Vella	26	75
Vrin	10	83

Kreis Rueun

Andiast	35	37
Obersaxen (dt.)	65	122
Pigniu	8	17
Rueun	65	53
Siat	23	39
Waltensburg	101	1

Schweiz	864 252	216 079
Graubünden	23 394	5 888

Katholische Gemeinden ablehnend

Katholische Gemeinden zustimmend

Reformierte Gemeinden

Trotz der unangefochtenen Monopolstellung der GR in ihrem engeren Einzugsgebiet hätte eine Serie von polemisch-populistischen Artikeln, so gekonnt sie auch gemacht war, für sich allein wohl kaum ein Resultat bewirken können, das derart krass vom bündnerischen und schweizerischen 80%-Konsens abwich. Es

bedurfte dafür auch der direkten Propaganda. Dafür war die Kanzel der gegebene Ort. Die von Gadola anschaulich geschilderte, tief verankerte konfessionelle Kultur und die soziale Kontrolle in den Dörfern garantierten, dass die Stimmbürger Sonntag für Sonntag praktisch vollzählig mit einer politischen Botschaft erreicht werden konnten.

Wie viele surselvische Seelenhirten teilten Carli Frys Sicht der Dinge? Und warum? Hatte er Kritiker im regionalen Klerus, gab es interne Debatten? Wie agierte die kirchliche Hierarchie, der damalige Churer Bischof Christianus Caminada, dem ein «Sinn für pragmatische Lösungen» und «Interesse an sozialen Anliegen» attestiert wird?²⁶ Welche Faktoren bewirkten die Annahme der AHV-Vorlage in so unterschiedlichen katholisch-romantischen Gemeinden wie Rueun, Camuns, Laax oder Peiden? Detailuntersuchungen hätten den Rahmen dieses Beitrags gesprengt, und die Quellenlage dürfte nicht üppig sein. Es bleiben die Abstimmungsresultate und einige publizierte Erinnerungen, welche belegen, dass besonders im Klerus der Cadi eine sehr solide *unité de doctrine* geherrscht haben muss.

Maria Beer aus Rabius erinnerte sich im *Calender Romontsch* nach fünfzig Jahren: «*Quei seigi ina novazium bolschevica che metti a schmerscha nossia sontga religiun* – Das sei eine bolschewistische Neuerung, die unsere heilige Religion zugrunde richte. Man solle den Herrgott bitten und den Rosenkranz beten, dass die Abstimmung bachab gehe, hatten gewisse Leute von der Kanzel herab gerufen.»²⁷ In der Familie des Schriftstellers Gion Deplazes (1918–2015) in Surrein-Sumvitg wurde tatsächlich am Abend vor dem Abstimmungssonntag der Rosenkranz gebetet, damit das AHV-Gesetz an der Urne scheitern möge.²⁸ Und der Bauer Werner Maissen (1927–2016), ebenfalls aus Surrein, erinnerte sich: «Im Jahr 1947 kam es zur Abstimmung. Hier oben bei uns waren die Leute vehement dagegen. Die Pfarrer stiegen auf die Kanzel und predigten gegen die AHV – unserer auch. Die machten uns weis, die AHV wäre der Ruin des Volkes – und sie schafften es, den alten Leuten einzureden, das wäre gestohlenes Geld, einfach nicht selbst verdientes und damit nicht das eigene! Pfarrer hatten damals einen ziemlichen Einfluss: Was der Pfarrer sagte – das galt!»²⁹

Tendenziell korreliert die Ablehnung der AHV-Vorlage in den katholisch-romanischen Gemeinden positiv mit der Nähe zu Trun/Disentis und mit einer geografisch isolierten Lage, negativ hingegen mit der Nähe zu reformierten Gebieten. Carli Frys Angst vor auswärtigen Einflüssen war also durchaus begründet.

Auf den ersten Blick erstaunt die hohe Zustimmung im deutschsprachig-katholischen Vals mit fast 88% Ja im Kontrast zum ebenfalls walserisch-katholischen Obersaxen, das mit über 65% Nein ablehnte. Obschon Obersaxen traditionell offener ist gegenüber dem romanischen Umland, dürfte die GR auch hier nicht sehr verbreitet gewesen sein. Eine recht plausible Hypothese für das Obersaxer Resultat scheint mir der Nekrolog für den aus Sedrun stammenden Ortspfarrer Placi Huonder zu liefern. Huonder pastorierte Obersaxen von 1944 bis 1961. Der Text aus der unverdächtigen Feder von Pfarrer Paul Casanova entwirft ein eigentliches Psychogramm, ein im Sinne von Kanonikus Fry wohl idealtypisches Seelsorger-Profil: «*El sesenteva clamaus da menar e gidar ses parochians en tutts graus* – Er fühlte sich berufen, seine Pfarrkinder in allen Belangen zu führen und zu unterstützen; deshalb setzte er die Maximen und Parolen fest und verlangte Gefolgschaft. [...] Schliesslich war er derjenige im Dorf, der am längsten studiert hatte, und als solcher hatte er um das Ein und Aus zu wissen und in jeder Situation verantwortlich mit Rat und Tat zu reagieren. Sur Placi beriet die ihm Anbefohlenen in allen ihren Sorgen ohne jede Furcht, sich zu irren. Wenn er seiner Sache sicher war, wich er weder nach links noch rechts, sagte gerade heraus, was wahr und richtig war und bemühte sich akribisch, seine Überzeugung zu begründen. Er konnte hartnäckig beharren und seine Position mit aller Kraft verteidigen. Dass nicht immer so klar und leicht zwischen wahr und unwahr entschieden werden kann, wollte Sur Huonder nicht wirklich akzeptieren.»³⁰

Einen deutlichen Hinweis, dass neben den geistlichen auch einmal eine weltliche Autoritätsperson ausschlaggebend sein konnte, liefert Vignogn. Die beiden Nachbargemeinden Vella und Lumbrein lehnten hoch ab – Vignogn stimmte mit 23 Ja gegen 12 Nein ebenso deutlich zu. Das Resultat kann wohl nur mit dem Einfluss von Christian Foppa (1880–1973) erklärt werden: Er war Posthalter und Bauer in Vignogn, Initiant der Kreiskrankenkasse, konservativer Grossrat, Standespräsident, Landammann, Kreis- und Bezirksrichter, Nationalrat (1925–1937), von 1940 bis 1952 Präsident des Bündner Bauernverbandes und als solcher auch in der breiten Öffentlichkeit ein entschiedener Befürworter der AHV-Vorlage. Die knappe Annahme im nahen Degen ist wohl ebenfalls mit der Person Foppas in Verbindung zu bringen.

Im Surses/Oberhalbstein, das auch unter Carli Frys romanisch-katholischen Volksbegriff fiel, wollten lediglich drei von elf Gemeinden keine AHV: Cunter (13:16), Riom (13:29) und Parsonz (5:26). Riom wurde 1947 vom surselvischen Pfarrer Gallus

Das Neugeborene hat
viele Paten (Schweizerisches
Sozialarchiv, Zürich).



Demont pastoriert, das nahe, vakante Parsonz vermutlich auch. Im ebenfalls katholischen Kreis Alvaschein nahmen sämtliche Gemeinden an, z.T. sehr deutlich.

Im ganzen Kanton lehnten nur drei reformierte Kleinst-Gemeinden ab: Castels-St. Antönien (9:16), Bondo (14:18), Patzen-Farden (1:4). In seinem Abstimmungskommentar in der GR vom 10. Juli 1947 staunt der Chefredaktor über das deutliche Gesamtergebnis, zeigt Verständnis für die Bedenken seiner Region, die zur Ablehnung geführt hätten, versucht aber den Ball flach zu halten und hofft, die neue Institution möge sich zum allgemeinen Wohl des Volkes entwickeln. Keinen Kommentar gibt es von seiten Carli Frys.

Der Benefiziat von Maria Licht erscheint indes wieder sehr prominent am 30. Oktober desselben Jahres auf der Frontseite der GR – in einem langen Gratulationsartikel zu seinem 50. Geburtstag. Der Verfasser G.(-adola?) würdigt das Leben des Jubilars als «*continuan survetsch de Diu* – fortwährenden Dienst an Gott, am romanischen Volk, an der Wissenschaft und an den sublimsten Idealen eines hochgelehrten Mannes. [...] Verständlich, dass ein [...] Mann von diesem Format und mit diesem Temperament sich stets verpflichtet fühlte und bis heute fühlt, in die wichtigsten politischen und kulturellen Angelegenheiten unserer Heimat einzutreten – und das nicht selten mit überraschendem Erfolg und nie

anders als zum wahren Wohle unseres romanischen und Bündner Volkes.» Der «überraschende Erfolg» mag als Anspielung auf die AHV-Abstimmung gedacht und verstanden worden sein. Die Gratulationsadresse schliesst mit der Aufforderung an die Leserschaft, für ein medizinisches Wunder, die Genesung «*da nies bien Sur Carli* – unseres guten Sur Carli» von seinem langjährigen Leiden zu beten.

Statt dieses medizinischen Wunders traf Carli Fry dann im Dezember 1948 ein Schicksalsschlag: der Brand im Dach seines geliebten barocken Wallfahrtskirchleins Maria Licht. Mit der ihm eigenen Energie warf sich der Kanonikus sogleich auf die Aufgabe der Restaurierung und deren Finanzierung. Bald erstrahlte das Chorbogen-Fresco mit dem marianischen Triumphwagen, welcher Juden und Häretiker überrollt, wieder in vollem Glanz. 1949 und 1952 erschienen dann die beiden umfangreichen (und bis heute lesenswerten) Bände der Biographie über Caspar Decurtins, als dessen politischen Testamentsvollstrecker sich Fry sah. Betreut wurde Frys Opus Magnum vom Zürcher Thomas-Verlag. Dieser vertrieb auch antisemitische Schriften und gehörte dem zum Katholizismus konvertierten ehemaligen Frontisten und späteren Nationalrat James Schwarzenbach, Vater der nach ihm benannten fremdenfeindlichen Initiative von 1970 und Gründer der «Republikanischen Bewegung».

«Die Kirche hat die Leute betrogen»

Bereits im Januar 1948 wurden die ersten AHV-Renten ausbezahlt – auch in der Surselva. Giusep Capaul aus Lumbrein, von 1971 bis 1990 in Disentis Redaktor und Chefredaktor der *Gasetta Romontscha*, erinnerte sich in einem Beitrag der *Televisiun Rumantscha*: «*Cu jeu sun vegnius in di ord scola* – Als ich eines Tages aus der Schule kam, hatte meine Grossmutter eben diese Rente bekommen, vierzig Franken. Sie hat das Geld auf den Tisch gelegt und gesagt: ‹Du, das darf ich nicht annehmen, das habe ich nicht verdient, das ist fast gestohlen.› Und es hat wirklich viel gebraucht, bis man sie überzeugen konnte: Das ist wohlverdient!»³¹

In der *Surselva da messa* zirkulieren viele Geschichten dieser Art. Sie schildern den neuen Geldsegen als veritablen Kulturschock. Dass Carli Fry und seine Gefolgsleute die AHV so intensiv schlecht gemacht hatten, hinterliess Spuren. Auch beim Vater des bereits zitierten Werner Maissen aus Surrein-Sumvitg: «Meinen

Vater musste ich nie fragen, was er gestimmt hatte, denn der schätzte die AHV überhaupt nicht. Das war Geld, das er nicht selber verdient hatte. Zu Beginn brachte der Pöstler die Rente, und mein Vater weigerte sich zu unterschreiben, wenn dieser das Geld brachte. Entweder die Rosa oder ich mussten unterschreiben. [...] Von einem Medelser erzählte man, er habe das Geld zurückgegeben: Das sei Geld, das ihm nicht gehöre.»³²

Den Hintergrund von Kanonikus Frys Abwehrkampf bildeten ein Gesellschaftsentwurf und ein Familienbild, welche beide in den urbanisierten und industrialisierten Regionen der Schweiz längst obsolet waren und auch immer weniger der surselvischen Realität entsprachen. Fry sah seine *Surselva da messa* als eine Art politische *chasse gardée*, ein Bollwerk, das es um buchstäblich jeden Preis gegen die Einflüsse der Moderne zu verteidigen galt. Er fürchtete um das politische Gewicht der «schwarzen Lawine» und vermutete – durchaus zu Recht – dass eine von aussen bestimmte, der lokalen Kontrolle entzogene materielle Besserstellung der surselvischen Bevölkerung auch eine weltanschauliche Öffnung, die Bildung einer pluralistischen Gesellschaft begünstigen werde.

Würde sich Carli Fry heute als Demograph betätigen – er müsste verzweifeln. Denn nur in drei der elf Regionen Graubündens schrumpfte die Bevölkerung zwischen 2006 und 2016 – und die Surselva hält mit einem Rückgang um 3.2% den einsamen Spitzensatz (Albula -0.9%; Bernina -0.1%). Gleichzeitig weist die Region Surselva 2016 hinter der Region Bernina den zweithöchsten «Altersquotienten» im Kanton auf, d. h. der Anteil der 65-jährigen und älteren Bevölkerung in Prozenten der 20 bis 64-jährigen beträgt 40.8% (Cadi sogar 45.0%, Kanton Graubünden 34.4%, Schweiz 29.3%).³³ Die wirtschaftliche Situation der heutigen Surselva ohne die AHV möchte man sich auf diesem Hintergrund gar nicht vorstellen.³⁴

Cornelia Vinzens hat in ihrem «Generationenportrait» von um 1920/30 geborenen surselvischen Frauen und Männern viele unverblümkt kritische Äusserungen zur einstigen Rolle der katholischen Kirche und ihrer Vertreter aufgezeichnet. Sie entspringen der Erkenntnis, dass man unter der rigorosen Fuchtel vieler Geistlicher psychisch unterdrückt, intellektuell eingeschränkt, im Korsett einer repressiven Sexualmoral mit Ängsten und Schuldgefühlen unnötig belastet und um positive Lebensenergien gebracht, als Frau gedemütigt und mitunter gesundheitlich gefährdet worden sei. Geprellt worden wäre die Surselva, wenn es nach

dem Willen von Carli Fry gegangen wäre, auch um eine soziale Absicherung, die dem sozioökonomischen Wandel mindestens tendenziell Rechnung trug. Mit den Worten der Bäuerin Valentina Caviezel-Pelican (1929–2017) aus Vrin: «*La baselgia ha semplamein, quei astg'ins schon gir, cuglienu la gliend* – Die Kirche hat einfach, das darf man schon sagen, die Leute betrogen.»³⁵

Der Volkskundler Peter Egloff war Redaktor bei Schweizer Radio DRS in Basel und Zürich, Programmleiter der Televisiun Rumantscha in Chur und ist heute freier Journalist und Publizist.

Adresse des Autors: Lic.phil. Peter Egloff, Kalkbreitestrasse 6, 8003 Zürich

Endnoten

1 Guglielm Gadola: *La Cadi dal pugn da vesta economic ed industrial*. In: *Il Glogn, calender romontsch, annada 22*, Glion 1948, S. 82.

2 Ivo Berther: «*Il mund sutsura – Die Welt steht Kopf*», Alpine Peripherie und Moderne am Beispiel der Landsgemeinde Disentis 1790–1900, Chur 2011.

3 Jürg H. Sommer: Das Ringen um soziale Sicherheit in der Schweiz, Diessenhofen 1978, S. 127.

4 Jakob Tanner: Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert, München 2015, S. 147–152.

5 Sommer (Anm. 3), S. 130–139.

6 Sommer (Anm. 3), S. 140–158.

7 Sommer (Anm. 3), S. 157.

8 Philipp Ischer: Die AHV-Diskussion in der FDP. Die Genese des Sozialliberalismus und die Bemühungen des Freisinns um Orientierung in den 1940er-Jahren. In: Hans-Jörg Gilomen, Sébastien Guex, Brigitte Studer (Hg.): Von der Barmherzigkeit zur Sozialversicherung. Umbrüche und Kontinuitäten vom Spätmittelalter bis zum 20. Jahrhundert, Zürich 2002, S. 336.

9 Georg Willi (1884–1946), Jurist, katholisch-konservativer Bündner Gross- und Regierungsrat, Ständerat und ab 1939 Direktor des BIGA (heute SECO), hatte durch die auf sein Postulat zurückgehende Lohn- und Verdiensterversorgung die Einführung der AHV massgeblich vorgespurt. Er stammte mütterlicherseits aus Surrein-Sumvitg, wo er geboren wurde und aufwuchs.

10 Peter Binswanger: Geschichte der AHV. Zürich 1986, S. 25f.

11 Binswanger (Anm. 10), S. 111 nennt die Namen der acht ablehnenden Nationalräte sowie der acht, welche sich der Stimme enthielten, aber nur einen der sieben Abwesenden (Gottlieb Duttweiler). Gemäss seinem detaillierten Sitzungsbericht in der GR vom 24.12.46 konnte Giusep Condrau nicht zu letzteren gehören.

12 Binswanger (Anm. 10), S. 114.

13 Dazu mit zahlreichen Belegen Adolf Collenberg: Der Atem des Faschismus im Spiegel der romanischen Presse 1922–1937. In: Bündner Monatsblatt 6/1988, S. 347–363; ders.: Gedius, framassuns, socialists. Legend documents da 1918–38. In: Ischi 75/1990, S. 104–109.

14 Collenberg 1988 (Anm. 13), S. 357.

15 Z.B. *Il Pelegrin* 2/1947, S. 18ff. Die Zeitschrift war im Verständnis ihres Begründers, des Disentiser Benediktiners Maurus Carnot, «*nossa scantschala en stiva – unsere Kanzel in der Stube.*» Mdl. Auskunft von Giusep Capaul-Caduff, Disentis, 27.9.2017.

16 Cornelia Vinzens: Etwas anderes kannten wir nicht. Portrait einer Generation in der Surselva. Chur 2016, S. 167f.

17 Vinzens (Anm. 16), S. 70.

18 Anna Maria Cantieni: Geschichte der rätoromanischen Presse in Graubünden, Institut für Journalistik der Universität Freiburg/Schweiz 1984, nennt S. 70 eine aktuelle «Streuung» (Abdeckungsquote, Zahl der erreichten Haushalte) der GR von 75–100% «im oberen Teil des Vorderheintales» und von 25–50% «in den angrenzenden Gebieten um Laax, Ilanz und im Lugnez». Nur auf die katholisch-romanischen Gemeinden bezogen dürfte der zweite Wert höher gelegen haben.

19 Gadola (Anm. 1), S.82.

20 Gasetta Romontscha, 7.12.1956; Bündner Tagblatt, 11.12.1956.

21 Carli Fry: L'impurtonza dalla pressa als combats dil spért, Gasetta Romontscha 15.1., 22.1. und 29.1.1931, die zitierte Stelle 29.1.1931.

22 Fry (Anm. 21), 29.1.1931.

23 Vom 1.1.46 bis 31.12.47 wurden aufgrund eines Vollmachten-Beschlusses des Bundesrates provisorische Renten ausgerichtet, welche – anders als die AHV – nicht von Beitragsleistungen abhängig waren und die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Betagten und Hinterlassenen berücksichtigten. Binswanger (Anm. 10), S. 74f.

24 Die Rezeption des Artikels dürfte in der Surselva aus sprachlichen Gründen begrenzt gewesen sein.

25 Gadola (Anm. 1), S.82.

26 Albert Gasser: Vom rätsischen Fürstbistum zur schweizerischen Diözese, Strassburg/Chur 2003, S.33. Der Nachlass von Christianus Caminada im Diözesanarchiv Chur ist gemäss Archivar Albert Fischer noch nicht erschlossen und darum nicht einsehbar.

27 Maria Beer: La votaziun da 1947 davart la AVS, in: Calender Romontsch 139/1988, S.369.

28 Radio Rumantsch, Sendung «Vita e cretta» vom 10.9.2017.

29 Vinzens (Anm. 16), S.363.

30 La Tuatschina 15/2007.

31 Televisiun Rumantscha, Sendung «Cuntrasts» vom 27.8.2017.

32 Vinzens (Anm. 16), S. 363.

33 Bundesamt für Statistik, Bevölkerungsstatistik STAT-POP, 2016. Patrick Casanova, Leiter Statistik und Register beim Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, ver danke ich wertvolle Hinweise.

34 In der Debatte um das 2016 abgelehnte Nationalpark-Projekt Adula war u. a. zu hören, dass die Region mehr Kinder brauche und nicht Parks für Touristen aus der Stadt. Real ging es um Nutzungskonflikte im Kontext der modernen Freizeitgesellschaft (Alpinismus, Jagd, Fischerei, Strahlen). Im ideologischen Diskurs wurde aber neben dem seltsam situierten demographischen Argument ein drohender Seelenverlust geltend gemacht und der trotzige *pur suveran*, der Widerwille des schollenverbundenen Berg-

lers gegen «Diktate aus Bern» gefeiert. Carli Frys Stempel auf der politischen Kultur der *Surselva da messa* scheint nicht ganz verblasst zu sein.

35 Vinzens (Anm. 16), S.158, 167.